

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

46 (23.2.1922)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 12 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 12 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Abolagen abgeholt 11 M monatlich. — Einzelreprinte 50 Pf. Ausgabe: Mittagsmittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Ruisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einspaltige Kolonelle 220 M. Die Neilsame 650 M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestunde: 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Schwierigkeiten des französischen Budgets

Paris, 22. Febr. Finanzminister de Lasteyrie hat die Ministerien aufgefordert, ihm baldmöglichst die Budget-Voranschläge für 1923 zu übermitteln. Der Finanzminister weist dabei auf die Schwierigkeit hin, für das kommende Jahr einen Ausgleich zwischen Ausgaben und Einnahmen herzustellen, denn in letzterem werden die besondern Einnahmen aus der Kriegsgemeinschaften und aus der Liquidation des Heeresquits fehlen, die im Budget für 1922 mit 3 1/2 Milliarden eingebracht waren. In gleicher Zeit seien aber die Ausgaben für die öffentliche Schuld gewachsen. Bevor man an neue Steuern denke, sei es notwendig, dafür zu sorgen, daß die bestehenden Steuern mehr einbringen. Vor allen Dingen wünscht der Finanzminister eine Vereinfachung der Verwaltung und die Herabsetzung des Personals auf den Stand von 1914.

Die Kosten der Besetzung Düsseldorfs, Duisburgs und Ruhrorts

Paris, 22. Febr. Der Finanzminister de Lasteyrie hat die Ministerien aufgefordert, ihm baldmöglichst die Budget-Voranschläge für 1923 zu übermitteln. Der Finanzminister weist dabei auf die Schwierigkeit hin, für das kommende Jahr einen Ausgleich zwischen Ausgaben und Einnahmen herzustellen, denn in letzterem werden die besondern Einnahmen aus der Kriegsgemeinschaften und aus der Liquidation des Heeresquits fehlen, die im Budget für 1922 mit 3 1/2 Milliarden eingebracht waren. In gleicher Zeit seien aber die Ausgaben für die öffentliche Schuld gewachsen. Bevor man an neue Steuern denke, sei es notwendig, dafür zu sorgen, daß die bestehenden Steuern mehr einbringen. Vor allen Dingen wünscht der Finanzminister eine Vereinfachung der Verwaltung und die Herabsetzung des Personals auf den Stand von 1914.

Das deutsche Sachleistungsprogramm

Berlin, 22. Febr. Seit einiger Zeit sind bekanntlich in Berlin mit den Vertretern der Reparationskommission Verhandlungen über ein deutsches Sachleistungsprogramm im Gange, deren Einzelheiten namentlich durch Nachrichten der französischen Presse auch der deutschen Öffentlichkeit bekannt werden. Nach dem, was aus den im engen Kreis geführten Verhandlungen bis jetzt bekannt geworden ist, ergeben sich folgende Punkte: Es wird vorgeschlagen, Sachleistungen anstelle von Barzahlungen an alle Staaten, die im Verteilungsschlüssel der Reparationskommission aufgeführt sind, und zwar nicht auf Grund von dem Bestehen von Reparationsansprüchen, sondern auf Grund der Befähigung der Empfänger, diese Leistungen zu übernehmen. Um einer Inflation in den Abnehmerländern zu vermeiden, wird noch ein weitestgehendes Kreditlimit von 10 Milliarden Franc für die Sachleistungen in Paris bearbeitet werden. Die Regierung hat die zuständigen parlamentarischen Stellen sich ausführlich mit diesen neuen Plänen befassen lassen.

Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Poincaré

Paris, 22. Febr. Wasas berichtet, daß Lloyd George und Poincaré in ein oder zwei Tagen in Frankfurt zusammenzutreffen würden, allerdings nicht in Paris.

Zum Vorfall in Gleiwitz

Berlin, 22. Febr. Wie die Wälder aus Breslau melden, soll heute nachmittag an die obersteinstädtischen Gendarmen die Befehle erteilt worden, folgenden amtlichen Bericht auf der ersten Seite zu veröffentlichen: Am 19. Februar entstand zwischen betrunkenen Zivilisten und französi-

sehen Soldaten, die ebenfalls im betrunkenen Zustand waren, eine Auseinandersetzung. Im Laufe des Wirrwarrs wurde ein Polizist, der die Ordnung wieder herstellen wollte, von einem Soldaten durch einen Revolvererschuß tödlich verletzt. Der Schußwunde ist sofort verhaftet worden und wird einem Kriegsgericht überliefert.

Das Syndikat zum Wiederaufbau Rußlands

Berlin, 22. Febr. Wie die Telegraphen-Union von zuständiger Stelle erfährt, hat die englische Regierung der deutschen mitgeteilt, daß die Konferenz zur Bildung eines Wiederaufbausyndikats für Rußland die Zustimmung der deutschen Vertreter der Bankwelt und der Industrie notwendig machen würde. Die deutsche Regierung wurde gebeten, unverzüglich Vertreter zu entsenden. Staatssekretär A. D. Bergmann von der Deutschen Bank und Geh. Rat Kempner sind zu den Besprechungen abgereist. Wie wir weiter dazu hören, soll das Syndikat mit einem vorläufigen Kapital von 20 Millionen Pfund Sterling errichtet werden. An ihm werden sich England, Frankreich, Deutschland, Italien und Japan beteiligen. In Rußland sollen die Wirtschaftskräfte, die aus einem solchen Wiederaufbausyndikat hervorgehen könnten, mit größter Energie wehren und ihnen passiven Widerstand bis zum äußersten entgegenzusetzen.

Erklärung der Reichsgewerkschaft

Berlin, 22. Febr. Die Leitung der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Arbeiter hat sich in ihrer gestrigen Nachmittagsitzung mit der jüngsten Erklärung des Reichsverkehrsministers Gröner gegen einen event. neuen Streik beschäftigt und folgenden Entschluß gefaßt: Für die Reichsgewerkschaft bleibt die für den Abbruch des Streiks mißbilligend gewesene Erklärung des Reichsverkehrsministers hinsichtlich der Maßnahmen auch heute noch allein ausschlaggebend. Nur die Zurücknahme dieser Erklärung durch den Reichsverkehrsminister würde die Reichsgewerkschaft zu einer Wiederaufnahme des Streiks in den Bereich der Erörterungen zwingen. Da eine solche Zurücknahme weder erfolgt noch zu befürchten ist, so liegt keine Veranlassung vor, für die Herausgabe neuer Warnungen und Maßnahmen von seiten des Reichsverkehrsministers. Es liegt der Reichsgewerkschaft endlich fern, sich durch den Entschluß des Reichsverkehrsministers zur Vertagung eines irtümlicherweise bei ihr vermuteten gewerkschaftlichen Militärismus verleiten zu lassen.

Reichskonferenz der U. S. P.

Berlin, 22. Febr. Gestern tagte im Reichstagsgebäude eine zahlreich besuchte Reichskonferenz der U. S. P. Wie die „Freiheit“ berichtet, hielt Gröner ein längeres Referat über die politische Lage, in dem er die Gründe darlegte, die die Mehrheit der Reichstagsfraktion bestimmen, das von der Regierungspartei beantragte Vertrauensvotum abzulehnen. Nach längerer Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, in der die Konferenz die Gründe billigt, die die Mehrheit der Reichstagsfraktion zu ihrer Ablehnung am 15. Febr. bewegen hat. Darauf wurde über die Aufnahme der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft beraten und nach kurzer Debatte ein Beschluß angenommen, wonach über die Aufnahme zunächst der Vorstand des Ortsvereins zu entscheiden habe. Am Schluß der Konferenz wurde ein Protest gegen die Auslieferung der beiden Spanier an die spanischen Behörden beschlossen.

Deutsche Studentenhilfe

Berlin, 21. Febr. Der Reichspräsident hat in das unter seinem Vorstehende Komitee der Deutschen Studentenhilfe (Hugo J. Herzfeld-Stiftung) folgende Herren berufen: Reichsrat Hauptmann, den Rektor der Berliner Universität Geheimrat Professor Dr. Kerner, die Universitätsprofessoren Geheimrat Dr. Erbschütz-Berlin, Dr. Wehrle-München, Dr. Haberer-Berlin, letzteren zugleich als Vertreter des Verbandes deutscher Hochschulen, den Bankier Hugo J. Herzfeld, den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes Theodor Leipart, den Staatssekretär Schulz, den Ministerialdirektor Dr. Heßner und als Vertreter der Wirtschaftshilfe der deutschen Studentenschaft: den cand. ing. Schabach.

Die Unruhen in Indien

London, 22. Febr. Berichten der Londoner Wälder aus Indien zufolge, ist dort die Lage wieder außerordentlich ernst. Es finden dauernd blutige Zusammenstöße und Krawalle statt, besonders in der Provinz Gana. Den Unruhen sind zahlreiche Engländer zum Opfer gefallen.

Schweres Luftschiffunglück in Nordamerika

Washington, 22. Febr. Das Marine-Departement meldet: Das Militärluftschiff „Noma“ ist in Brand geraten und in der Nähe des Flottenstützpunkts Norfolk heute nachmittags 2.10 Uhr auf die Erde gefallen. Von 50 Personen, die sich an Bord befanden, sollen 35 tot sein.

Norfolk, 22. Febr. (Amlich.) Gestern nachmittags 3.50 Uhr wurde dem Flottenstützpunkt Norfolk gemeldet, daß von der „Noma“ 10 Überlebende geborgen sind.

Berlin, 22. Febr. Der Reichstagsrat hat dem Vertreter der Vereinigten Staaten in Berlin die Teilnahme der deutschen Regierung an dem großen Anglika zum Ausdruck bringen lassen.

Die Gefahr der Universitäten

Nirgends ist die Reaktion so fest eingetrickt, wie auf den deutschen Hochschulen. Zum Lehramt auf den Hochschulen und zur weiteren Karriere wurde unter dem Kaiserreich nur zugelassen, wer sich selbst zur Leibgarde der Hohenzollern zählte. Im übrigen setzte die akademische Laufbahn den Besitzern des erheblichen Vermögens voraus, und heute kann nur ein ganz Reicher darauf ausgeben, akademischer Lehrer werden zu wollen. So waren und sind die Universitäten in ihrem Lehrkontrakt doppelt und dreifach gegen den modernen Geist verhasst. Das halbe Duzend ehrlich-demokratischer und sozialdemokratischer Professoren ändert an diesem Gesamtbild nichts.

Nach der Revolution sind die Zustände an den Hochschulen nicht besser, sondern schlimmer geworden. Die Professoren, von der Geldentwertung ebenso und vielleicht noch härter betroffen als die übrigen Beamten, ergaben sich einem wüsten Nationalismus und Radikantentum. Was heute an den Universitäten absolut vorherrscht, ist der Typus R o e t h e, der die Jugend auffordert, den Republikanern nicht nur mit Worten entgegenzutreten, ist der Typus V o r n h a g, ein widerwärtiges Gemisch von Dreistigkeit und Unfähigkeit, der einfach dekretiert, die Weimarer Verfassung werde nicht 2 Jahre bestehen.

Um das Bild abzurunden, muß man das Schicksal der wenigen freibeitlich gesinnten akademischen Lehrer heranziehen. Max K a n t o r o w i c z in Freiburg hat sich mit Not und Mühe der demagogischen Angriffe des Professor Below erwehren können; aber daß dem alldeutschen Below bei dieser Gelegenheit nachgewiesen wurde, daß nicht der von ihm verleumdete akademische Stolz Deutschlands in ausländischen Zeitungen heruntergerissen habe, wohl aber Below selbst dies getan, hätte Kantorowicz den bekannten Vertreter der Freirechtsschule nicht gereut, wenn der Konflikt sich nicht in P a d e n ereignet hätte, im Münsterlande, wo die freibeitliche Gesinnung auch bei den bürgerlichen Parteien noch nicht ganz ausgestorben ist. Den jungen Historiker Veit V a l l e n t i n hatte Herr v. Below freilich auch dort schon zur Strecke gebracht. Für Preußen ist typisch, daß an der Berliner Universität Staatsrecht und anderes öffentliches Recht von V o r n h a g, S t u b und anderen geradezu tollwütigen Monarchisten gelehrt wird, daß aber kein Lehrling frei ist für Männer wie Hugo P r e u ß, dem Schöpfer der geltenden Reichsverfassung, oder für Walter S c h ü t t i n g, der das Deutsche Reich im internationalen Schiedsgerichtshof von Haag vertritt, also amtlich Deutschlands erster Völkerrechtler ist. Eben dieser Walter Schütting hat Marburg vor dem Loben der Reaktion räumen müssen und lehrt jetzt an der Handelshochschule Berlin; diese untersteht nämlich nicht dem sogenannten Ministerium für Wissenschaft, sondern dem Handelsministerium, unter dessen Schutz anstehend noch etwas echte Wissenschaft sich retten kann.

Nach wüster als bei den Professoren sieht es bei den Studenten aus. Zu 90 Prozent sind diese „himmlstürmenden, hochfliegenden Idealisten“ von nichts erfüllt, als von K l a u d e n k e l und k l e i n l i c h e m P r o t r e i d. In überwältigender Mehrheit haben sie sich gegen das Frauenstudium und gegen jedes Frauenrecht bis aufs äuerste gestraubt. Aus bloßer Konkurrenzfurcht möchten sie möglichst keinen Ausländer zu den deutschen Hochschulen zulassen; es könnten ja wie bei den Frauen Fleißigere und Tüchtigere darunter sein. Die große Mehrzahl der Studentenschaft läuft im Hochschulring deutscher Art dbeftem Radikantentum, toben dem Monarchismus und phantastischer Kriegsheerei nach. Die politische Denkfähigkeit dieser Leute, die ewig um das verlorene Monopol des Professors und des Referentens trauern, erschöpft sich ungefähr in dem Umkreis von „Juden raus!“ und „Soch der Kaiser!“

Die Verhältnisse drängen immer mehr zu der Ueberzeugung, daß man die Dinge nicht so weiter laufen lassen kann. Bei den Studenten hat das Ministerium dafür zu sorgen, daß die offizielle Vertretung der Universitätsbehörden, die Studentenschaft, auf der allein verfassungsmäßigen Grundlage der Gleichberechtigung aller Deutschen ruht. Was die Ausländer anbetrifft, unter denen die Auslandsdeutschen Wahlrecht und Wählbarkeit haben sollen, so muß eine objektive Stelle entscheiden, wer als Auslandsdeutscher zu gelten hat und wer nicht. In ihren Korporationen und politischen Vereinen mögen die Herren Studenten Gepp-Gepp-Begeisterung aufbringen, so viel ihnen Dummheit und Alkohol eingeben; halbamtliche Vertretungen der Studentenschaft dürfen nicht Tummelplatz böllischer Rohlinge sein.

Darüber hinaus aber wird sich das Volk einmal überlegen müssen, ob der ganze bisherige Universitätsbetrieb so weitergehen kann. In den Ausbildungskosten jedes Studenten zahlt der Staat, die Volksgemeinschaft einen ungeheuren Aufschuß. Die gegenwärtigen Herren Studenten scheinen sich dessen nicht bewußt und nicht im mindesten dafür dankbar zu sein, daß sie auf Kosten der Republik ausgebildet werden, daß die Republik ihnen den Zugang zur bevorzugten Stellung des Akademikers öffnet. Rablt aber einmal der Staat den

Deutscher Reichstag

21. Berlin, 22. Febr. Am Regierungstisch: Kommissar. Präsident 22. Febr. Die Sitzung um 2.30 Uhr.
Die 3. Beratung des Reichsmietengesetzes wird auf Antrag des Abg. Feder-Krönberg (D.N.) abgelehnt, obwohl Abg. Schulz-Bronberg (D.N.), der das Gesetz ablehnte, eine sofortige Entschließung verlangte. Die 3. Lesung soll in der nächsten Woche stattfinden.
Es folgt die 3. Beratung des Gesetzentwurfes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbauwesens.
Abg. Dr. Marsch (D.N.) erkennt die Notwendigkeit an, mit Mitteln auszubehelfen, da etwa 1 Million Wohnungen in Deutschland fehlen. Die Wohnungswirtschaft muß allmählich abgebaut werden. Mit dem Neubau muß aber sofort begonnen werden. Die Mehrheit der Fraktion der Deutschen Volkspartei wird die Vorlage annehmen; die Minderheit lehnt das Gesetz ab, weil ihr die dadurch ermöglichte Neubauliquidität zu gering erscheint.
Die Vorlage wird darauf gegen die Stimmen der Deutschen Nationalen, einiger Volksparteier, der Unabhängigen und der Kommunisten angenommen.
Es folgt die

2. Lesung des Haushaltsplans

und zwar zunächst der Haushalt des Reichspräsidenten.
Abg. Bergt (D.N.) erkennt an, daß die Art, wie der Reichspräsident sein Amt führt, zu Ausstellungen keinen Anlaß gibt. Er fragt an, wie es mit der Neuwahl des Reichspräsidenten steht. Es muß der Schein vermieden werden, als ob hier die Rechte des Volkes beschnitten würden. Das demokratische Prinzip, das hier so hoch gehalten wird, verlangt unbedingt die Neuwahl. Parteipolitische Hindernisse liegen nicht vor. Der Reichskanzler sollte noch heute erklären, wie er sich zu der Neuwahl des Reichspräsidenten stellt.
Reichsjustizminister Dr. Heßler lehnt eine politische Entscheidung bei diesem Haushaltsplan ab und verweist auf den Haushaltsplan des Reichspräsidenten.
Abg. Frölich (Komm.) verlangt Streckung des ganzen Postens. Ein Reichspräsident sei nicht notwendig; eine Wackelpuppe aus Götters Bonapartismus genüge aus. (Lachen.) Der jetzige Reichspräsident ist ein reaktionäres Instrument. Das beweisen seine Ausnahmebestimmungen.
Abg. Dr. Kahl (D.N.) gibt eine Erklärung ab, in der endlich Klarheit über die Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten. Die Regierung muß sich dazu äußern, ob sie zu der Angelegenheit schon Stellung genommen hat.
Abg. Hoffmann (Komm.) nennt den Reichspräsidenten Oberhaupt der politischen Welt. Er rät davon ab, eine Wackelpuppe in der Hand der Rechten aufzustellen, da sie bei den künftigen Wahlen der Rechten leicht schmelzen würde. (Lachen.) Der Reichspräsident fordert überhaupt Abschaffung der Reichspräsidentenstelle.
Auf Anregung des Abg. Schulz-Bronberg (D.N.) wird die Abstimmung über diesen Etat zurückgestellt, bis die Regierung sich geäußert hat.
Es folgt der

Haushalt des Reichskanzlers

Der Reichskanzler erscheint am Regierungstisch.
Reichskanzler Dr. Brüning gibt an, daß im Land ein Interesse an der Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten besteht. Von einer Neuwahlung kann aber keine Rede sein, weil vor der nächsten Wahlperiode die obersteinständige Frage die Wahl gar nicht ist, wird die Regierung mit den Parteien in Besprechungen eintreten können. Den Wichtigkeit der Reichstags- und Reichspräsidentenfrage sieht die Regierung nicht als dringlich an. Auf das Haus wird bald dazu Stellung nehmen müssen. (Beifall.)
Darauf wurde der Haushalt des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten angenommen.
Das Haus verlag sich auf Donnerstag 2 Uhr. Tagesordnung: Haushalt des Justizministeriums und des Reichsfinanzministeriums. Schluß 4 Uhr.

Die deutschen Sachleistungen

21. Berlin, 22. Febr. Bei der Beratung des Etats des Reichsfinanzministeriums im Hauptausschuß des Reichstages gab ein Regierungsbekanntmachung über den Stand der Sachleistungen. Danach hat die Reichsregierung Sachleistungen im Höhe von 18 Milliarden Papiermark angeboten. Bestellungen sind bisher nur für 3 Milliarden Mark vorhanden, von denen bereits für 500 Millionen Mark erledigt sind. Der Regierungsbekanntmachung ist ausdrücklich, daß die Bestellungen in den letzten Monaten erfolgt sind und der eifrigen Tätigkeit Rathenaus auf Seebien an. Von den 3 Milliarden Bestellungen entfallen für 7500 Wägen, 300 Lokomotiven, 1500 Schotterwagen, 4000 Pferde.
Die Lieferungen nach dem Osten und Südosten waren besser zu erledigen als die nach Frankreich. Zum Beispiel sind von den 5000 bestellten Holztransportern von der französischen Regierung nur 75 abgenommen worden. Bezüglich des Wiederaufbaus teilte der Regierungsbekanntmachung mit, daß der Ratifizierung der Verträge von der französischen Industrie gegenüber sind bisher Dachziegel, Rohren, Eisen, Werkzeugmaschinen, Schiffschrauben, Hofenmaterial, Eisenbahnmaterial, Schwach, und Holz und ein Transport von 24 000 Bienenstöcken abgegangen. Anschließend ist mit einer weiteren Steigerung der Sachleistungen zu rechnen.

Der Arbeitsnachweis

21. Berlin, 22. Febr. In der Weiterberatung des Gesetzentwurfes über Erleichterung von Arbeitsnachweisen im Reichsgebiet wurde beschlossen, die bisher von Gemeinden oder Gemeindefürsorge unterhalten worden sind, in öffentliche Arbeitsnachweise überführt werden sollen. Die Oberste Landesbehörde setzt die für jeden Arbeitsnachweis für Arbeitsvermittlung den von einem Arbeitsnachweis fest. Jede Gemeinde muß beschreiben, wie sie den Arbeitsnachweis fest. Die Oberste Landesbehörde kann anordnen, daß für bestimmte Bezirke neue Arbeitsnachweise errichtet und bestehende zusammengelegt oder aufgelöst werden. Auf Antrag der Sozialdemokratie wurde hiermit beauftragt, daß in der Regel für den Bezirk jeder unteren Verwaltungsbehörde ein Arbeitsnachweis errichtet werden soll. Für Gemeinden, die zu verschiedenen Ländern gehören, können die beteiligten Landesbehörden anordnen, daß ein gemeinsamer Arbeitsnachweis errichtet wird. Eine endgültige Entscheidung über die Errichtung von Arbeitsnachweisen steht auf Antrag einer obersten Landesbehörde dem Reichsarbeitsminister zu.

Zentrum und Reichsmietengesetz

21. Berlin, 22. Febr. Die Adm. Volkspartei nimmt scharf Stellung gegen das Reichsmietengesetz, welches die Zwangsmitverteilung auf fast ganz ungenutzte Gebiete übertragen wollte. Sie erwartet, daß die Mehrheit des Zentrums ihre Stellung einer Revision unterzieht.

Badische Politik

8 Mark für den Liter Milch

Zu dieser Zeit in der Dienstagnummer des „Volksfreund“ schreibt uns ein sozialdemokratisches Mitglied des Haushaltsausschusses: Unsere Fraktion nahm bei der in diesem Blatte schon erwähnten Feuerungsdebatte geeignete Veranlassung, auf die unzureichende Förderung der Milchabgabengesellschaft Ruckheim auf 8 M für den Liter diesen wichtigen Ausstoß des Landtags aufmerksam zu machen. Sie kritisierte scharf diese Preiswuchererei mit dem unbedingt wichtigen Lebensmittel und apostrophierte recht offenerzigt die Vertreter des Landtages, wie sie sich zu dem Verlauf der Ruckheimer Verhandlung stellten. Die Redner des Landtages lehnten es ab, für die Agitation auf Erhöhung der Milchpreise verantwortlich gemacht zu werden; sie seien immer nur für einen Stallpreis von 2.50 M bis 3 M eingetreten. Nach ihrer Auffassung verteuere der Zwischenhandel und die Eisenbahnfracht die Milch in den Städten. In Ruckheim müße 5.20 M für den Liter gezahlt werden, also fast das Doppelte des Stallpreises. Da saßen sich die Milchverkäufer, das sei eine ungenügende Wertung der Arbeit des Landwirtes.

Ein Mannheimer Vertreter der Sozialdemokratie stellte fest, daß die Städte an der Milch nichts verdienen; die Stadt Mannheim müsse einen Stallpreis von 3.50 M bezahlen, dann Sammelhof, Umfahnteuer, Eisenbahnfracht usw., so daß hierdurch 5.80 M als Verkaufspreis pro Liter in Betracht kommen muß. Werde ein Stallpreis von 8 M von den Landwirten genommen, dann müße für die Milch in der Stadt pro Liter 12 M gezahlt werden. Das sei für die meisten Milchbedürftigen einfach unmöglich. Es sei ein unheiliges Spiel, wenn sich jetzt die Landwirte auf Kosten der Städte bereichern wollten.
Die kurze Debatte ergab aber außerdem noch, daß der Haushaltsausschuß in seiner überwiegenden Mehrheit diese Preissteigerung beim Milchkauf auf das schärfste verurteilt.
Der Landtagsausschuß für Rechtspflege und Verwaltung

hat in seiner am Dienstag vormittag stattgefundenen Sitzung sich in einer längeren Aussprache mit dem Antrag der Abg. Schön u. Gen., die Abgabebefreiung der Ruckheimer Milchgesellschaft betr., befaßt. Der Berichterstatter, Abg. Ziegelmeyer-Dürrsch, empfahl dem Ausschuß, den Antrag abzulehnen, da das, was der Antrag will, bereits im Gesetz enthalten sei. Aus der Begründung der Antragsteller ging bei der Beratung im Ausschuß hervor, daß auch gegenüber solchen Körperschaften die früher zwar berechtigt waren, der Fürsorge gelte beizutreten, dies aber nicht getan haben und daher heute Ansprüche an diese Sache nicht stellen können. Der Regierungsbekanntmachung stellt sich auf den Standpunkt, daß der Antrag nicht durchführbar sei. Ein Zentrumskredner führte aus, daß die öffentlichen Körperschaften ohne Begrenzung nicht noch mehr wie gegenwärtig belastet werden dürfen. Der sozialdemokratische Redner machte interessante Ausführungen über die Zulagen der Sozialrentner und teilte mit, daß sowohl hier als bei der Kleinrentnerfrage die Städte gesetzlich festgelegte Anteile übernehmen müßten. Der Antrag Schön u. Gen. wurde mit allen gegen 2 Stimmen abgelehnt. — Das Gesetz eines Wärsers, die Pachtpreise für die Stadtdiener im ehemaligen Wildpark herabzusetzen, wurde durch Uebereinkunft zur Tagesordnung erledigt. Im weiteren berichtete Abg. Dr. Kullmann über den Antrag der Abg. Schön u. Gen., die Pachtordnung in dem Sinne zu erweitern, daß gegen die Entscheidungen der ersten Instanz Beschwerde an das Landgericht zulässig ist. Der Berichterstatter kam zu dem Ergebnis, die Berufungen gegen die Entscheidungen der Pachtämter allgemein zuzulassen. Von Regierungsbekanntmachung wurde das Bedürfnis verneint. In Bayern, das eine Berufung zuläßt, wurde eine solche bei 11 000 von den Pachtämtern erledigt. In Baden fallen nur bei 100 ein. Ein sozialdemokratischer Redner führte aus, daß nach den Darlegungen des Regierungsbekanntmachung von einem dringenden Bedürfnis nicht geredet werden kann, er sei nicht dafür, die ordentlichen Gerichte weiter zu belasten. Da im Mai die Pachtordnung abläuft, wird die ganze Frage reichsrechtlich geregelt und solange sollte man noch zuzuwarten. Der Ausschuß beschloß, dem Antrag Schön u. Gen. mit der Maßgabe zuzustimmen, daß gegen die Entscheidungen der Pachtämter das Recht der Berufung zugelassen, die bei der Verordnung aber noch angewartet werden soll, bis die reichsrechtlichen Bestimmungen bekannt sind.

Der badische Frauenverein

Seine Organisation und seine Leistungen waren Gegenstand einer längeren Aussprache im Haushaltsausschuß, u. a. auch deshalb, weil ein sozialdemokratischer Vertreter sich etwas kritisch über ihn geäußert und eine Vertreterin der Deutschliberalen die hohen Einkünfte der leitenden Person bemängelt hatten. Es sei fraglich, ob diese Tätigkeit, die nach Gruppe 13 bezahlet werde, nicht aus von einem mittleren Beamten geleistet werden könne. Andererseits betonten mehrere Redner, daß der Frauenverein in viele gemeinnützige Anstalten, wie Haushaltungsschulen, Arbeitshäuser, Kindergärten, Ausbildung von Fliegerinnen und. unterhalte und dadurch viel Gutes für die Allgemeinheit schaffe. In Baden befinden zudem noch 420 Einzelvereine mit ähnlichen Bestrebungen.
Der Minister des Innern bemerkte, wenn Mittel des Staates gefordert werden, muß sich der badische Frauenverein die Kontrolle der Regierung und des Landtages gefallen lassen. Weil die Trennung zwischen der lokalen und der zentralen Organisation von ihm noch nicht durchgeführt ist, bedarf es noch eingehender klärender Aussprache zwischen dem Frauenverein und der Regierung. Im allgemeinen dürfte gesagt werden, daß der Staat die Aufgaben des Frauenvereins auf den mancherlei Gebieten lösen müße, wenn sie von ihm nicht erfüllt würden, und deshalb sei seine Tätigkeit anzuerkennen. Klariert wurde noch für eine bessere Bezahlung der Schwestern; sie seien außerordentlich schlecht entlohnt, da in einzelnen Fällen nur 80 M pro Jahr ihnen gewährt würden.
Bei der Schlussberatung des Voranschlags für das Ministerium des Innern erfolgte noch die Annahme eines Zentrumsantrages, der eine nochmalige Aussprache im Staatsministerium darüber forderte, ob nicht der wegen finanziellen Mängeln gestrichelte Beitrag von 1 Million Mark für die karitativen Anstalten, die sich in großen finanziellen Schwierigkeiten befinden, doch genehmigt werden könne. — Bei der Position: 100 000 M für die Württembergischen Frauenvereine sagte der Minister des Innern zu, daß die Gewerkschaften bei der Auswahl der Handwerksgehilfen, die diese Gewerkschaften auf Staatskosten besuchen können, zur Beratung herangezogen werden.

Aus dem Etat der Reichsbahn. Im Bereich der Eisenbahngeneraldirektion Karlsruhe sind im Etat der deutschen Reichsbahn 1922/23 zur Fortführung bereits begonnener Neu- und Umbauarbeiten 62 718 000 M angefordert. Für die Inangriffnahme neuer Bauten, Umbauten und Verbesserungen an Bahnhöfen, Werkstätten und sonstigen Bauten werden 20 549 000 M verlangt. Fremdenverkehr und Lebensmittelversorgung. Die Erfahrungen der letzten Jahre gaben dem Ministerium des Innern Veranlassung, die Frage der Versorgung der Fremdenbetriebe

in einer Konferenz mit den Vertretern der Organisationen der Hotelindustrie, des Gastwirtsberufes und der Verbrauchervereinigung zu besprechen. Dabei wurden die Vertreter der beteiligten Gewerbe von Seiten der Regierung nachdrücklich auf die Notwendigkeit hingewiesen, zur Deckung ihres Bedarfs an Lebensmitteln möglichst auf Auslandswaren zu greifen. Unter allen Umständen die geordnete Milchlieferung der ortsanfälligen Bevölkerung sicherzustellen, sollen die Fremdenbetriebe ihren Milchbedarf mit ausländischer Kondensmilch und, soweit es die Verhältnisse zulassen, mit Schweizer Frischmilch oder Milch aus eigener Aufzucht decken. Mit aller Schärfe soll wie im Vorjahr gegen heimtückische Kurstrennung vorgegangen werden. Die erschienenen Vertreter erklärten sich mit dem von der Regierung mitgeteilten allgemeinen Richtlinien für die Deckung des Lebensmittelbedarfs der Fremdenbetriebe durch aus einvernehmlich und stellen hinsichtlich der Befähigung des Stamms der Kurstrennung ihre volle Unterstützung in Aussicht.

Kleine Nachrichten

Dahn. Gegen den Schußfabrikanten A. Seibel in Hauenstein wurde wegen Verletzung von Umfahnteuer als verantwortlichen Teilhaber der Süddeutschen Schußfabrik eine Geldstrafe von 61 000 M und gegen den Schußfabrikanten Joseph Faust in Hauenstein eine solche von 33 000 M verhängt.
W. Limburg a. d. Lahn. Von der hiesigen Strafkammer wurde der Frankfurter Kommunist Gustav Wolff wegen einer in einer öffentlichen Volksversammlung gehaltenen Rede, in der er zum Sturz der Regierung und zum Anschluß an Sowjetrußland aufgefordert hatte, auf Grund des § 130 des Strafgesetzbuches zu 5000 M Geldstrafe verurteilt.
Berlin. Ein neunzehnjähriger Junge wurde in dem Augenblick abgefaßt, als er einen Edelstein im Werte von 1 1/2 Millionen Mark zu verkaufen suchte. Er hatte den Brillanten aus Moskau eingeschmuggelt. Wegen Falschfälschung kam er vor Gericht und wurde zu einer Woche Gefängnis und zu einer Strafe von über einer Million Mark verurteilt. Der Brillant wurde zugunsten des Deutschen Reiches eingezogen.
Strasbourg i. G. Der Batallionschef im 105. Inf.-Regt. in Strasbourg Stoll zwingt die Mannschaften, sich 30 Tage vor ihrer Entlassung die Haare ganz kurz schneiden zu lassen. Diese Maßnahme wurde in verschiedenen Blättern stark glossiert und dabei ging es nicht ohne einige Duelle aus. „Preussische Wärsen“ ab. Interessant aber an der ganzen Angelegenheit ist, daß die Offiziere des Batallions in sämtlichen Einheiten auftraten, in der das Vorgehen des Kommandanten Stoll einer Kritik unterzogen war.

Kleine badische Chronik

Heidelberg, 22. Febr. Zwei geachtete Verbrecher sind von der hiesigen Kriminalpolizei in der Person des Tschekoslowaken Geometer K r ä g e r und in der Person des Algeriers Z a r a, eines farbigen Franzosen, festgenommen worden. Beide hatten in dem Sammelloch zu Ingelstadt einen Soldaten überfallen und beraubt. Dann waren sie hierher geflohen, wo Zarat bekannt war, weil er früher die Portierstelle an einem hiesigen Kino inne hatte. Die beiden Verhafteten werden von ihren Heimatbehörden ebenfalls wegen verschiedenen Verbrechen gesucht.
Heidelberg, 22. Febr. Zu dem Raubüberfall auf den Bahnhöfener Wanner bei Speyer ist jetzt noch berichtet, daß als Täter nach Mitteilungen der Staatsanwaltschaft die aus einer Anstalt entwichenen Zwangsabhängigen Richard Appel aus Schillingen, Franz K o s t l aus Heidelberg und Emil W o g e l aus Singen in Frage kommen. Auf die Ergreifung dieser drei Täter ist eine Belohnung von 10 000 M ausgesetzt.
Mannheim, 22. Febr. Aus Liebeskummer hat sich ein 17jähriger Spenglerlehrling am Rheinweindorf erschossen. Auch ein 16jähriges Mädchen aus Wiesbaden, das zu Besuch hier weilte, wollte vom Leben nichts mehr wissen. Es wollte sich im Redar extränken, wurde aber von der Polizei daran gehindert.
Wahr, 22. Febr. Brand. Gestern abend kurz vor 7 Uhr wurde von der Holzgüterfabrik Geis u. Co. in der Geroldseder Vorstadt Feuer gemeldet. In dem 10 Meter langen und 8 Meter breiten Trockenraum war Holz, das in zwei Eisenbahnwaggons lagerte, auf noch nicht aufgeklimmte Weise in Brand geraten. Aufolge der harten Kälteentwicklung mußte sich die Feuerwehr des Rauchapparates bedienen. Das zeitweilig stark gefährdete Gebäude von Jakob Langenbach Wwe. konnte gerettet werden. Gegen 10 Uhr abend war die Gefahr beseitigt. Der Schaden ist sehr beträchtlich.
Tennen, 22. Febr. (Ant Engen.) Brand. In der Nacht zum Sonntag ist das Haus des Bauunternehmers Albert W a l e r, unmittelbar neben dem alten Tore, vollständig niedergebrannt. Die im zweiten und dritten Stock wohnenden Familien konnten nur das nackte Leben retten, während die Hinterbliebenen der im ersten Stock wohnenden Familie Maier gerettet werden konnten.

Rad. Krieger-Witt. u. Wals.

Geld-Loiterie

Ziehung 3. März 1922

37 000

20 000

Verloren: 40 M. Liste mit Perle N. 1. bei Lotterie-Unternehmer

J. Stürmer

Mannheim, O. 7, 11

und alle Lovestrafen

Pranckuch & Co.

Zur

Fastnachtsbäckerei

Schmelz-

Margarine

Stück **28**—

Pranckuch & Co.

Anzüge, Ueberzieher, Hüte, Ledermäntel, Stoffe, Doppeln, Damen- und Herrenkleidung, Schuhe, Schuwaren zu billigen Preisen bei **Kretsch**, Fleckenwärs. 32, 2. St.

Größ. Lagerraum zu verm.; Werderstr. 55.

Parteigenossen und Leser des „Volksfreund“

Berücksichtigt bei eueren Einkäufen die

Geschäftliche Rundschau!

Kauft nur bei den Geschäftsteuten,

die eure Presse mit Anzeigen unterstützen!

Aus der Druoi

Karlruhe, 23. Februar

Geschichtskalender

23. Februar, 1842 *Der Philosoph Ed. v. Hartmann in Berlin. — 1865 †Der Mathematiker K. F. Gauß in Göttingen. — 1908 †Der tschechische Dichter Karel Jan Zich in Prag.

Karlsruher Parteinarbeiten

Bezirk Mühlburg. Samstag, 25. Febr., abends 8 Uhr, Versammlung im „Rheinthal“ mit Vortrag des Genossen B. H. v. ... über die heutigen Aufgaben der Gemeindepolitik. Weiterhin findet Gespräch für den veranzogen Obmann statt. Zahlreiches Erscheinen und Werden für guten Besuch der Versammlung ist Grenzfach.

Bezirk Rippurr. Wir weisen noch einmal auf die heutige Zusammenkunft im Aufbaumhaus (Auerstraße) hin, die zur Gründung einer sozialistischen Jugendgruppe führen soll. Anfangs punkt 8 Uhr.

Die Bibliothek des sozialdem. Vereins ist jeden Freitag von 7½-9 Uhr geöffnet. Sie befindet sich in der Volksbuchhandlung, Adlerstr. 16. Genossen und Genossinnen, benützt die langen Winterabende zum Lesen von guten Büchern, dazu bietet unsere reichhaltige Bibliothek die beste Gelegenheit.

Parteiversammlung

Einen äußerst starken Besuch hatte die gestrige Parteiversammlung wieder aufzuweisen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende Gen. Schwerdt des Ablebens des Gen. N. A. d. e. r., dessen Andenken die Versammelten in der üblichen Weise ehrten.

Als erster Punkt stand der Bericht über die Abrechnung des 3. Quartals auf der Tagesordnung. Aus den Ausführungen des Gen. Lang war zu entnehmen, daß trotz der großen Ausgaben der Stassenbestand kein schlechter ist. Der Mitgliederstand hat erfreulicherweise das dritte Tausend überschritten.

Sodann hielt Gen. Minister Remmele einen gut disponierten Vortrag über

Weltwirtschaft und Eisenbahnerstreik

Eingangs seines vorzüglichen Referats wies der Referent auf die Bedeutung der Valuta in der Weltwirtschaft hin und führte die hauptsächlichsten direkten und indirekten Umstände an, die das in letzter Zeit zu konstatierende Sinken des deutschen Marktwertes und die ungünstige Einwirkung auf unser Wirtschaftswesen bewirken, wie: Regierungswechsel in Frankreich, größerer Bedarf an Devisen zum Ankauf von Auslandsgetreide, Reparationsverpflichtungen usw. Weiter werden in den nächsten Wochen die erhöhten Gülttarife, Steigerung der Weizenpreise, sowie der Kohlenpreise ihre Auswirkung zu verzeichnen haben.

Es ist notwendig, sich ein Bild über die gesamte Weltwirtschaft zu machen. England hat einen bedeutenden Rückgang seines Ein- und Ausfuhrhandels zu konstatieren. In Amerika sind noch stärkere Rückgänge zu konstatieren. Die Lebensmittelpreise haben dort bereits den Friedensstand erreicht. Die Eisenindustrie leidet in diesem Land wie in England an einer starken Produktionsbewegung. Die Produktionsziffer der Kohle ist in England weit gesunken, weil das Absatzbedürfnis nicht mehr so groß ist. In Deutschland dagegen macht sich in verschiedenen Industrien ein Kohlenmangel bemerkbar, trotzdem die deutsche Wirtschaft sich seit ihrem Zusammenbruch noch nicht ganz erholt hat. Beim Hausbrand ist der Kohlenmangel ebenfalls groß, so daß wir also überall Störungen sehen, in Wirtschaft und Familie. Infolge der Beschlagnahme der Kohle durch die Entente wurde die deutsche Industrie geschädigt. In Frankreich dagegen herrscht Ueberfluß an Kohlen und die Einfuhr englischer Kohle nach Deutschland nimmt immer zu.

Der Geschäftsgang ist ein solcher, daß in Deutschland in der Eisenindustrie Produktionsrückgang zu konstatieren ist im Gegensatz zu England und Amerika. Wir sehen jedoch, daß die Aufnahmefähigkeit deutscher Industrieerzeugnisse im Ausland immer größeren Schwierigkeiten begegnet, da sich das Ausland gegen die deutsche Einfuhr wehrt. Das Land des Weltbildes ist so, daß Deutschland seine Vermögenssubstanz anstreift während im Ausland große Arbeitslosigkeit herrscht. Es ist auch der Plan entstanden den Zwang der Kriegsschuldentilgung abzuschließen gegen Ausleistungen, daß das Ententekapital sich an deutschen Unternehmungen beteiligen soll, um Deutschland wirtschaftlich in die Hand zu bekommen, daneben löst die Finanz- und Steuerkontrolle der Entente auf Deutschland, welcher der politische Vorkriegspreis guert zum Opfer fiel. Außerdem soll der Kohlenpreis erhöht werden, um nicht mehr so billig produzieren zu können.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind außerordentlich verworren. Die Siegerstaaten leiden an Absatzmangel, während Deutschland nicht frei ist in seiner Wirtschaft. Seine geleistete Arbeit reicht nicht aus, die Handelsbilanz aktiv zu gestalten. Die erwähnten Momente tragen zur Verunsicherung der Produktion und der ganzen Lebensverhältnisse bei, solche Zustände müssen zur totalen Verarmung führen. Man darf deshalb nicht vor der Erhöhung der Löhne und Gehälter zurückweichen, sie müssen sich den Verhältnissen anpassen. Unsere Gegner wollen bezwecken, daß Deutschland in die allgemeine Weltkrisis hinein gerissen wird. Wir werden aber dann noch weniger in der Lage sein, unseren Verpflichtungen gegenüber der Entente nachkommen zu können. Zum Kopfhängen ist jedoch kein Anlaß vorhanden, denn es kommt auch der Konsumentenbedarf für das Inland in Betracht. Obwohl wir einer Art Krisis entgegen gehen, wird Deutschland wieder Absatzgebiet für die Welt, besonders für England. Auf dieses Ziel soll Europa hinarbeiten, wo die deutsche und russische Wirtschaft hergestellt werden sollen. Der Plan geht dahin, diejenigen, die tributpflichtig sind, arbeiten zu lassen.

Im zweiten Teil seines Vortrages behandelte Genosse Remmele die Weltordnung und den Eisenbahnerstreik. Er bezeichnete die Befolgung der unteren Eigeninteressen und Verhältnissen der Länder nicht als Lösung, was auch beim Auktionenwesen zum Vorschein komme. Wenn jede Kleinigkeit von Berlin aus instruiert werde, so führe dies geradezu zur Unmöglichkeit. Jedoch dürfte der Zentralismus an sich nicht dafür verantwortlich gemacht werden, aber den Ländern ist etwas mehr Selbstständigkeit zu gewähren. Man hätte den Gruppen 1-8 das Wortprechen erfüllen müssen.

Zum Eisenbahnerstreik übergehend, betonte der Referent, daß zwischen Reichsgewerkschaft und anderen Gewerkschaften ein gespanntes Verhältnis bestehe und daraus resultiere die Nachprobere der ersten. Was das Streikrecht der Beamten anbelangt, so rüde sich die Unklarheit über diese Frage in der Verfassung. Die Objektivität der Bewertung dieser Frage ist jetzt gestört. Das Streikrecht ist derzeit verneint, daß wie in Baden nicht einmal einen Beamten entlassen können, der den Beamten selbst zu lassen verweigert. Das Dienstverhältnis der Beamten in einem demokratischen Staatswesen ist etwas anderes wie das Arbeitsverhältnis der Arbeiter. Die Beamten sind durch die Verhältnisse in eine soziale Lage hineingeraten, jedoch ist ihre Stellung an sich eine geistliche. Der Staat darf nicht mit einem privaten Arbeitgeber verglichen werden. Solange die Aufsicht besteht, daß der Staat den Wünschen der Beamten nachkommt, kann es kein

Streikrecht für den Beamten geben. Beim Eisenbahnerstreik war diese Möglichkeit noch vorhanden. Selbst wenn Fehler bei der Regierung zu konstatieren sind, so ist der letzte Streik zu beurteilen, weil seine politische Auswirkung zur Gefahr für die Republik hätte werden können. Der Beamte steht heute im Mittelpunkt des Interesses. Deutschnationale und Kommunisten bemühen sich, den Beamten für politische Zwecke zu mißbrauchen, das hätte von den Beamten bestritten werden müssen.

Der Vortrag wurde mit großem Interesse verfolgt und sehr häufig aufgenommen. Die anschließende Aussprache war eine recht reger, es beteiligten sich an ihr die Genossen Beeß, Kunge, Schlauske, Dr. Volke, Wöhrlin, get., Stadtmüller, Dr. Engler und Fromm. Die Diskussionen beschäftigten sich weniger mit dem ersten Teil des Vortrages, den weltwirtschaftlichen Fragen, sondern in der Hauptsache mit dem Eisenbahnerstreik, insbesondere mit dem Streikrecht der Beamten, wobei die meisten Redner für das Streikrecht eintraten. — Da noch eine Reihe weiterer Meldungen vorlagen, aber die Zeit schon weit vorgebracht war, wurde beschlossen, die Versammlung zu beenden.

Ueberlieferungszuschüsse für die Eisenbahner

Siezu schreibt uns der Deutsche Eisenbahnerverband — Bezirk Baden —:

Der „Lebensanzeiger“ bringt in seiner Nr. 43 vom 20. ds. Mts. folgende Mitteilung: „Mit den Eisenbahnerstreik sind nunmehr die Verhandlungen über die Ueberlieferungszuschüsse abgeschlossen worden. Für Baden kommen über 200 Orte in Frage, in denen die Eisenbahner unter den Industriebeschäftigten bezahlet wurden und für die ihnen die Ueberlieferungszuschüsse zugestimmt werden. Der Ueberlieferungszuschuß beträgt für die Stunde 1.10 M., rückwirkend ab 1. Oktober 1921.“

Diese Angaben entsprechen nicht den Tatsachen, denn die Verhandlungen für Baden begannen erst am 25. ds. Mts. beim Reichsversicherungsamt.

Der „Lebensanzeiger“ sollte mit dieser Ausführungen vorsichtiger sein und nicht solche ungenauen Angaben, die nur Verwirrung hervorzurufen, seinen Lesern vorsehen.

Aus dem Malergewerbe

wird uns geschrieben: Nach neuntägigen harten, jähen Ringen wurden die Verhandlungen des Haupttariffamtes für das Malergewerbe am 18. Febr. 1922 zu Ende geführt. Bei diesen Verhandlungen handelte es sich um die Erneuerung des am 15. ds. Mts. abgelaufenen Reichstariffvertrags, mit Einschluß einer von Gehilfenseite geforderten, den Tarifverhältnissen angepaßten Lohnerhöhung.

Der abgeschlossene Mantelstariffvertrag beruht auf einer Vereinbarung der Parteien, während die Lohnfrage wieder auf dem Wege des Schiedspruches durch das Haupttariffamt erledigt werden mußte. Stierwald wurde für die Tarifseite des Reichstariffamtes, für über 20 Jahre alte Gehilfen nachstehende Mindestlöhne für die Stunde festgesetzt, wobei zu beachten ist, daß die Gehilfenverordnungen, vom Osthildesgericht festgesetzten Stundenlöhne keine Gültigkeit haben. Die festgesetzten Mindeststundenlöhne betragen: Baden-Baden 12.00 M., Bruchsal 12.— M., Donaueschingen 11.50 M., Freiburg 13.10 M., Heidelberg 13.20 M., Karlsruhe 13.20 M., Karlsruhe-Singen 13.80 M., Sigmaringen 13.— M., Mannheim-Ludwigsafen 14.80 M., Mühlheim 11.70 M., Forstheim 13.40 M., Badstall 12.20 M., Rastatt 11.60 M., Neudorf 11.60 M., Wiltmann 11.60 M., Weinsheim 12.— M. Diese Löhne treten ab 15. Februar 1922 in Kraft. In die Einigkeit und Gütlichkeit der Gehilfenseite liegt es, das Ergebnis hochzufinden.

Für die in Karlsruhe und nächster Umgebung beschäftigten Maler findet am 24. Febr., abends 7 Uhr, im Saale der Restauration „Weißer Berg“, am Ludwigplatz, eine Versammlung statt, in welcher über die stattgefundenen Verhandlungen des Haupttariffamtes berichtet wird. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Valutahumor

(Der Mantel ist billiger als der Mantelstoff)

Der Inhaber eines vornehmen Berliner Kleiderlagers hat auf einer Geschäftsreise in Paris seinen sehr feinen Stoff und bezogte davon so viel als er verarbeiten zu können glaubte. Er stellte fest, daß sich der Stoff für einen Mantel auf etwa 300 Francs stelle. Ein Jahr später reiste sein französischer Geschäftsfreund nach Berlin, besuchte den Kunden und sah einen herrlichen Mantel, der aus seinem Stoff gefertigt war, mit feinerer Arbeit gefaltet, vorzüglich gearbeitet und ihm wie angekauft sah. Als er sich nach dem Preis dieses Mantels erkundigte, erfuhr er zu seiner Ueberraschung, daß er 200 Francs koste. Der deutsche Kaufmann hatte im November 1920 300 Francs = 1200 M. bezahlt, hatte seine Arbeit und sonstige Materialien mit 8000 M. bedeckt, verlangte nun im November 1921 4400 M., (die deutsche Mark war inzwischen beträchtlich gefallen), also noch dem damaligen Kursstande 200 Francs. Wenn der französische Kaufmann wenig von den Geheimnissen des Valutahandels versteht und daher ein um gläubiger Anhänger Bonapartes ist, so wird er auf den Gedanken kommen, daß die deutschen Kaufleute ihre Rohstoffe aus Dohheit im Ausland zu teuer einkaufen, sie mit anderen teureren Materialien in der vorzüglichen Weise verarbeiten und diese Waren zu einem Preise loslagern, der ihnen nicht einmal die Kosten der Rohstoffe ersetzt. Alles nur um Bankrot anzugehen und die Reparationslöhne nicht aufbringen zu können. Und er wird schließlich weiter hinzusetzen, daß die deutsche Regierung den Industriellen aus ihrer Laune die Differenzen herauszahlt, um nach außen leistungsunfähig dazustehen.

Die Folgen der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Baden. Wie der „Deutsche Handelsdienst“ von der Zuericher Industriezelle des Vereins der deutschen Zuercherindustrie erfährt, ist der Preis für Verbrauchsgüter für die Freiburger von März bis Juni 1922 ab je nach 660 M. festgesetzt worden. Dieser Preis bedeutet eine ganz gewaltige Erhöhung gegenüber dem bisherigen und man versteht, weshalb geradezu niemanden Zuercher aufzukaufen ist. Wenn denn der neue erhöhte Preis in Kraft tritt, kann in Zuercher gar nicht mehr, aber nur für die finanzkräftigen Kreise, während die Arbeiterfamilien ihn nicht kaufen können und deshalb noch weniger Zuercher bezogen dürfen wie unter der Zwangswirtschaft, die doch einigermaßen extra-günstige Preise bewirkte.

* Beschäftigung des Flugbaulaboratoriums. Der Direktor des Flugbaulaboratoriums der technischen Hochschule, Herr Geh. Oberbaurat Dr. Th. Reibold hatte am Mittwoch mittags die Mitglieder des Bürgerausschusses zu einer Besichtigung des nunmehr fertiggestellten Neubaus des Flugbaulaboratoriums eingeladen, welcher Einladung etwa 30-40 Mitglieder des Stadtrates und Bürgerausschusses Folge geleistet hatten. Herr Geh. Oberbaurat Dr. Reibold führte die Erscheinungen durch die Mächtigkeiten des Laboratoriums und erläuterte in eingehender Weise die verschiedenen Apparate und Modelle, sodann einen guten Einblick bekam in die Arbeit des Flugbaulaboratoriums und auch die volkswirtschaftliche Bedeutung dieser Arbeit schäfer lernte. Herr Oberbürgermeister Dr. Winter dankte Herrn Dr. Reibold für die geleistete Arbeit und versicherte, daß die hiesigen Kollegen gerne auch fernerhin ihre Unterstützung dem Laboratorium und seinen Arbeiten gewähren werden. Hochachtungsvoll verließen nach etwa zweistündiger Führung alle Besucher die Werkstätte des bedeutenden und berühmten Gelehrten.

„Ein Wintermärchen.“ Mit dem Fall in der Festhalle am nächsten Samstag finden die vom Ausschuß für die künftigen Aufgaben der Stadt in der Festhalle gegebenen Veranstaltungen ihren Abschluß. Wie bei den beiden ersten Bällen, so wird auch das Fest am Samstag einen künstlerischen Rahmen tragen, der weit über alle die üblichen Veranstaltungen hinausgeht. Diese Bälle können nicht mit den Maskenbällen der Vorjahre verglichen werden, wenn auch die Besucher bestimmt erscheinen, wozu aber kein Zwang und keine Verpflichtung besteht. Es ist das Fest vielmehr eine gemütliche Ueberunterhaltung mit künstlerischen Darbietungen und Tanz. Schon die prächtige je weilige Aufmachung der Festhalle lohnt einen Besuch; erst recht natürlich die gebotenen künstlerischen Aufführungen. Die Namen Emil Burkard, unter Theaterleiter, und Hans Lange, Oberregisseur des Landestheaters, verbürgen den Erfolg im Voraus schon. Bezüglich der Kostümierung besteht, wie schon erwähnt, keine Vorschrift, alle Kostüme — antike bis modernste — sind zugelassen. Den schönsten und eigenartigsten wolle Einzel- und Gruppenpreise; leichtere Einrichtung dürfte wohl eine besondere Anziehungskraft ausüben. Aber auch all das übrige, das geboten wird, sowie auch der Zweck, dem die Veranstaltung dient, machen einen guten und starken Besuch wünschenswert.

Die Ringkämpfe im Circus Busch (Ausstellungshalle) boten auch, wie man uns schreibt, am zweiten Tag des Wettstreites viel Interessantes. Ein Kampf, bei dem es hart auf hart ging, war das Treffen Europameister Emil G. e. r. m. a. n. - W. a. g. e. b. u. r. g. und Joseph K. u. n. s. t. - E. l. b. e. r. t. e. l. d., das nach einem ziemlich ausgeglichenen Kampf in den vorletzten Minuten ergebnislos blieb. Weltmeister Michaelis Parabanoff-Kußland regte über den Süddeutschen Meister Heinrich von Berg nach 14 Minuten durch Leberwurf. Salvador B. a. m. - b. u. l. a. Nordamerika hatte in dem erst 14jährigen Grid K. r. e. s. t. Berlin einen harten Gegner gefunden. Das Ringen mußte in der 20. Minute als unentschieden abgedrungen werden. Heute Donnerstag kämpfte Heinrich Reichsborn-Dornum gegen den Schweizer J. Hermann-Jürich, Heinrich von Berg-Kämpfer gegen Salvador B. a. m. - b. u. l. a. Nordamerika und bis zur Entscheidung kämpften Europameister G. e. r. m. a. n. - W. a. g. e. b. u. r. g. gegen K. u. n. s. t. - E. l. b. e. r. t. e. l. d.

p. Inzug. Gestern nachmittag 5½ Uhr wurde durch unbekante Täter der Feuerwehler am alten Bahnhof mehrmals weise gezogen und dadurch die Feuerwache unnützlich alarmiert.

p. Verhaftet wurden: Ein Jemenit aus Freiburg wegen Raubs sowie ein Engländer aus Weingarten wegen Verletzung; ein Engländer aus Weingarten, der seinem Vater 30 000 M. entwendet hat, wobei 65 000 M. beigebracht wurden, ein Maschinenführer, der einem Servierfräulein Waäsche und Schmuckgegenstände im Werte von 85 800 M. entwendete, die zum größten Teil wieder beigebracht sind, ein Kaufmannslehrling aus Offenburg, ein Schneidbrotler aus Straßburg, ein Maschinenführer aus Stuttgart, die eine Reihe von Einbruchsdiebstählen hier und in Straßburg verübt haben.

Veranstaltungen

Touristenverein „Die Naturfreunde“. Es sei auch an dieser Stelle auf das morgigen Freitag abends 7½ Uhr beginnende Kostümfest im „Nahen Krug“ hingewiesen. Einladungen sind an der Abendkasse zu haben. Mitglieder zeigen ihre Mitgliedskarte vor. Nach Schluß ist Straßenbahnverbindung über Natzer und Müppertstraße.

Baluta-Bericht vom 22. Februar

Die Mark notierte heute in der Schweiz ca. 230 Gts. Aufgabung Holland notierte etwa 82.45 M. per holl. Guld.; Schwyz notierte etwa 42.12 M. per schw. Fr.; England notierte etwa 94.0 M. per holl. Sterl.; Frankreich notierte etwa 19.43 M. per frz. Fr.; Neupost notierte etwa 218 M. per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 23. Februar

Voraussehbare Witterung: Wieder Erdringung, Niederschläge, etwas milder.

Wasserstand des Rheins

Schupferinsel 125, gef. 1; Reß 235, gef. 3; Maxau 430, gef. 6; Mannheim 323, gef. 4 Zentimeter.

Schriftleitung Georg Schöfflin. Verantwortlich für Artikel, Politische Korrespondenz und letzte Nachrichten Hermann Winter für Badische Politik, aus dem Rande, Gemeindepolit. Aus der Partei, Gerichtspraxis und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Gieseler für den Angehörigen Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

W. u. 4 Seiten Vereinsanzeiger. Preis und mehrer Exemplare. Nr. 2 — die Zeile 200, Nr. 3 — die Zeile 250, Nr. 4 — die Zeile 300. (Bewilligungszusätze finden unter dieser Aufschrift keine Aufnahme.) Karlsruhe. (Gesangverein Gleichheit.) Freitag, 24. Febr., 7½ Uhr, Singstunde im „Kronenhof“, Kronenstr. Anschlagung Mitgliederversammlung. Vollständigste Erscheinung unbedingt nötig. Der Vorstand.

Durlach. (Naturfreunde.) Am Freitag, 24. Febr., abends 8 Uhr im Dolak zum Schloßhofen findet Lichtbilderabend über „Die Sternennacht“ von Herrn Hauptlehrer Kalper und Gen. Schmitz statt, wozu unsere Mitglieder eingeladen werden. Der Eintritt ist frei. Freunde unserer Sache willkommen. 1188

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Eheausgebote. Otto Klump von Guggenau, Kraftwagenführer hier, mit Emma Fell von Weiler, Johannes Sedner von Waldmühlbach, Bankierausrufer hier, mit Rosa Schmeißer von Dos, Emil Hämmerle von Freiburg, Krankenpfleger hier, mit Elisabeth Sid von Weidburg.

Geburten. Elisabeth Karoline, Vater Franz Wünger, Arbeiter. Erich Erns, Vater Otto Wals, Bäcker. Maria, Vater Erich, Kammerer, Fabr.-Arb. Maria, Vater Karl Wunsch, Postmeister. Hermine Anna, Vater Franz Wünger, Kaufm. Margot Maria, Vater Erich, Fabr.-Arb. Dora, Vater Postmeister. Luise Franziska, Vater Wils, Bruder, Weidenwarter. Waldemar, Vater Johannes Vogel, Ktifer. Gertrud, Vater Karl Scherer, Hilfspostmeister. Wilhelm, Vater Karl Scherer, Ktifer.

Todesfälle. Wils, Weidenwarter, Kaufm., Ehemann, alt 44 Jahre. Karl Eibl, Landwirt, Witwer, alt 73 Jahre. Bernhard Dreher, Kaufm., ledig, alt 47 Jahre.

Verbligungszeit und Trauernden erwachsener Verbligungsdenk. Donnerstag, den 23. Februar, 1412 Uhr: Karl Eibl, Landwirt, Regenfeldstr. 7. — 3 Uhr: Albert Wagnmann, Metzgermeister, Regenfeldstr. 8.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Karlsruhe

Herm. Schmoller & Co. Kaufhaus sämtl. Bedarfsartikel

F. WOLFF & SOHN'S KALODERMA überall zu haben

Moninger Bier

Sinner Liköre Cherry-Brandy, Curaçao, Vivaldi

Goepfner Friedens-Bier Union-Brauerei A.-G.

hellen und dunklen Biere, garantiert rein, nur aus Malz und Hopfen hergestellt.

Muffenkreuz-Bier

Erich Bühler :: Bank-Geschäft Kreuzstrasse 4

zur Ausführung von Bankgeschäften jeder Art

Josef Krapp Eisenbetonbau

Gebr. Ufer, Karlsruhe Stahl, Werkzeuge, Werkzeugmaschinen

Adolf Steiner Wein-Grosshandlung

Cafés, Restaurants, Vergnügen

Kaffee :: Restaurant Zum Moninger

Martin Schön Kurzwaren und Wolle

Aufgepasst! Pfandbesitzer, Geld, Silber, Waare, Möbel, Schuhe, Kleider

Weintraub's An- und Verkaufsgeschäft

Lebens- u. Genütmittel, Zigarren

Erich Krah Lebensmittel-grosshandlung

Ed. Riesterer Nachf. Karlsruhe

Drogerie Ph. Menyes Colonialwaren

Schuh-, Kleidung, Putz

Paul Roder, Nachf. Herren- und Damenwäsche-Geschäft

Wäsche-Spezial-Geschäft August Schulz

Geschäftliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan

N. Breitbarth Kaiserstraße Ecke Herrenstr.

Spezialhaus für elegante Herren- u. Knaben-Bekleidung

Fertig und nach Maß. Münchener Lodenartikel - Sportbekleidung.

Table with train schedules: Abfahrt in Richtung: Pforzheim, Bruchsal, Mannheim, Schwetzingen, Eppingen, etc.

Raulino-Tabake Fabrik-Niederlage für Mittelbaden Hermann Meyle Karlsruhe

Badische Feuerversicherungs-Bank Karlsruhe, Geschäftsgebäude Karlstraße 84

Übernahme von Feuer-, Einbruchdiebstahl-, Unfall-, Haftpflicht-, Aufruhr-, Maschinen-, Auto-, Kasko-, Transport-, Valoren-, Reisegepäck-, und Schmucksachen-Versicherungen.

Näheres durch die Bank selbst oder durch die allerorts aufgestellten Vertreter.

Volks-Schuhhaus Ecke Bernhard- und Ludwig-Wilhelm-Strasse, Oststadt.

Friedrich Tisch Zigaretten-Import.

Ph. Filsinger Zigarren-Haus „Sadenia“

A. Lucas, Nachf. Erstes Spezial-Konfektgeschäft

Rudolf Kutterer Markgrafenstr. 87, Tel. 597.

August Sauer Nachf. Ids Thoma.

Martin Schön Kurzwaren und Wolle

Aufgepasst! Pfandbesitzer, Geld, Silber, Waare, Möbel, Schuhe, Kleider

Weintraub's An- und Verkaufsgeschäft

Lebens- u. Genütmittel, Zigarren

Erich Krah Lebensmittel-grosshandlung

Ed. Riesterer Nachf. Karlsruhe

Drogerie Ph. Menyes Colonialwaren

Schuh-, Kleidung, Putz

Paul Roder, Nachf. Herren- und Damenwäsche-Geschäft

Wäsche-Spezial-Geschäft August Schulz

Mees & Löwe

Karlsruhe, Kaiserstrasse 40 Spezial-Taus für Herren-, Knaben- und Sport-Bekleidung

Joh. Funck Sohn Nachf. Pforzheimerstr. 36 Mehl- und Futtermittelhandlung.

Trinkt Riemp-Mischung! Durlacher Allee 45

Heinr. Kuntz, Bäckerei, Konditorei, Café, Brantwein- und Likörausschank.

Generalvertrieb der Ideal- u. Erika-Schreibmaschinen-Vervielfältigungs-Apparate

Seeger & Jacobs Papier-Grosshandlung

Joh. Mannherz, Ruppurrerstr. 100 / Spedition

Jsidor Kaufmann, Kreuzstrasse 21 Maschinen, Werkzeuge für die Holzbearbeitung.

H. Walder, Bangesellschaft m. b. H. Erbprinzenstr. 9

Robert Knaub, Kaiserstraße 159 Papier- und Galanteriewaren.

Gebrüder Schnurmann Nachf. Leder-Grosshandlung, Gartenstr. 9-11.

Leder-Handlung R. Neureuther Marienstr. 53.

Möbel Bernh. Steckelmacher Kaiserstr. 62, b. Marktplatz

H. Bieler Puppen-Klinik Kaiserstrasse 233

Elektra Lack Werke Lacke für G. m. b. H. Industrie und Handel.

Wörner, Kleinert & Co., Sanitätshaus Spezialwerkstätte für künstliche Glieder

Stadt-Apotheke Karlstrasse 19, neben der Hauptpost.

G. Bieler, Homöopathie Behandlung aller innerlichen Krankheiten

Langenauer & Tappen Photograph. Atelier

Haus- und Küchengeräte, Gefen, Herde ERNST MARX

Ebersberger & Rees Zuckerverfahren-Fabrik

Silberbergs Gummihwarenhaus

M. Langeneckert Karlsruhe Lederhandlung

Josef Beetz Wilhelmstr. 60

Sadeanstalt Zähringerstr. 35

Photo-Atelier Karl Ohler, Worthstr. 9, Tel. 158

Peter Schwaderlapp & Co. Herren- und Knaben-Kleider-Spezial-Haus

Schuhhaus Julius Wertheimer, Bruchsal

Alfred Weissbrod Kurz-, Wolf- und Waise-Waren

Manufakturwaren mit Damenkonfektion Jakob A. Gross, Bruchsal

Fr. Streithoff Kaiserstr. 229, Zigaretten-Import.

Friedrich Tisch Zigaretten-Import.

Ph. Filsinger Zigarren-Haus „Sadenia“

A. Lucas, Nachf. Erstes Spezial-Konfektgeschäft

Rudolf Kutterer Markgrafenstr. 87, Tel. 597.

August Sauer Nachf. Ids Thoma.

Martin Schön Kurzwaren und Wolle

Aufgepasst! Pfandbesitzer, Geld, Silber, Waare, Möbel, Schuhe, Kleider

Weintraub's An- und Verkaufsgeschäft

Lebens- u. Genütmittel, Zigarren

Erich Krah Lebensmittel-grosshandlung

Ed. Riesterer Nachf. Karlsruhe

Drogerie Ph. Menyes Colonialwaren

Schuh-, Kleidung, Putz

Paul Roder, Nachf. Herren- und Damenwäsche-Geschäft

Exelster-Künstlerspiele Kaiserstr. 26.

Gebr. Jost Nachf. Drogen, engros und detail.

Als Spezialität führe ich Kinder-, Mädchen- u. Knaben-Stiefel

Schuhhaus Simon, Karlsruhe i. B. Kaiserstrasse 201.

M. Sandauer, Schuhhaus Kaiserstrasse 183.

Carl Büchle, Erbprinzenstrasse 28

Elly Hebenstreit Werkstätte für vornehmen Damenputz

S. Ph. Wilhelm, Kaiserstr. 205

B. & H. Baer, Kaiserstr. 233.

Mehle & Schlegel, Kaiserstr. 124b

Vereinigte Süddeutsche Margarine- u. Fett-Werke A.-G.

Trinkt Iwus-Tee anerkannte Qualitäten

Mehl und Futtermittel billigst und reell

Gebr. Walker Ruppurrerstr. 64

Mich. Weiss Färberei, Chem., Belagung

Mees & Löwe

Karlsruhe, Kaiserstrasse 40 Spezial-Taus für Herren-, Knaben- und Sport-Bekleidung

Joh. Funck Sohn Nachf. Pforzheimerstr. 36 Mehl- und Futtermittelhandlung.

Trinkt Riemp-Mischung! Durlacher Allee 45

Heinr. Kuntz, Bäckerei, Konditorei, Café, Brantwein- und Likörausschank.

Generalvertrieb der Ideal- u. Erika-Schreibmaschinen-Vervielfältigungs-Apparate

Seeger & Jacobs Papier-Grosshandlung

Joh. Mannherz, Ruppurrerstr. 100 / Spedition

Jsidor Kaufmann, Kreuzstrasse 21 Maschinen, Werkzeuge für die Holzbearbeitung.

H. Walder, Bangesellschaft m. b. H. Erbprinzenstr. 9

Robert Knaub, Kaiserstraße 159 Papier- und Galanteriewaren.

Gebrüder Schnurmann Nachf. Leder-Grosshandlung, Gartenstr. 9-11.

Leder-Handlung R. Neureuther Marienstr. 53.

Möbel Bernh. Steckelmacher Kaiserstr. 62, b. Marktplatz

H. Bieler Puppen-Klinik Kaiserstrasse 233

Elektra Lack Werke Lacke für G. m. b. H. Industrie und Handel.

Wörner, Kleinert & Co., Sanitätshaus Spezialwerkstätte für künstliche Glieder

Stadt-Apotheke Karlstrasse 19, neben der Hauptpost.

G. Bieler, Homöopathie Behandlung aller innerlichen Krankheiten

Langenauer & Tappen Photograph. Atelier

Haus- und Küchengeräte, Gefen, Herde ERNST MARX

Ebersberger & Rees Zuckerverfahren-Fabrik

Silberbergs Gummihwarenhaus

M. Langeneckert Karlsruhe Lederhandlung

Josef Beetz Wilhelmstr. 60

Sadeanstalt Zähringerstr. 35

Photo-Atelier Karl Ohler, Worthstr. 9, Tel. 158

Peter Schwaderlapp & Co. Herren- und Knaben-Kleider-Spezial-Haus

Schuhhaus Julius Wertheimer, Bruchsal

Alfred Weissbrod Kurz-, Wolf- und Waise-Waren

Manufakturwaren mit Damenkonfektion Jakob A. Gross, Bruchsal

